

Illustriertes Tageblatt

SÄCHSISCHE HEIMATZEITUNG DES STOLLE-VERLAGS

Ausgabe E mit:

Elbtal-Abendpost Sächsische Vorzeitung und Elbaupresse

Dresden-N., Marientraße 26, Fernspr. 39700 / Dresden-Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4, Fernspr. 31307

Anzeigenpreis
Die sechsmal gespaltene Millimeterzeile (46 mm br.) oder deren Raum kostet 16 Pfg., einschließlich „Dresdner Neue Presse“ 30 Pfg.; die viermal gespaltene Reklame-Millimeterzeile (72 mm breit) oder deren Raum 30 Pfg., einschließlich „Dresdner Neue Presse“ 40 Pfg. — Gemessen wird die Höhe des Satzspiegels. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, ebenso für Anzeigen, welche durch Fernsprecher aufgenommen werden, wird keine Garantie übernommen. Inserationsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Rabattanspruch erlischt bei Klage, Zahlungs Einstellung oder Konkurs des Auftraggebers. Erfüllungsort für Lieferung u. Zahlung: Dresden. Verlagsort: Dresden.

Bezugspreis
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt monatlich M. 2.—, einschließlich 35 Pfg. Trägerlohn; durch die Post bezogen monatlich M. 2.— ohne Zustellgebühr, einschließlich 30 Pfg. Postgebühr. — Für unvollständig eingelangte Manuskripte und Bilder wird keine Garantie übernommen. — Für Fälle höherer Gewalt, Streik, Krieg usw. besteht kein Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung und auf Rückerstattung des Bezuges. — Verlag: Clemens Landgraf Nachf., W. Stolle, Dresden, Marientraße 26, Fernsprecher Dresden Nr. 39700 u. Tolkewitz l. Sa., Gutenbergstraße 2-4, Sammelnummer Freital 2888. Telegr.-Adr.: Stolle-Verlag

Nr. 125

Freitag, den 1. Juni

1934

Mißernte in Amerika infolge der Trockenheit!

Heute Bekanntgabe des Termins der Saar-Abstimmung?

Annäherung . . .

In später Nachtstunden des Donnerstag wurden in Genf nach mehrstündigen Verhandlungen zwischen den Vertretern Deutschlands, Italiens und Frankreichs Formulierungen für die Lösung der Abstimmungsfrage im Saargebiet festgelegt, die den Regierungen Deutschlands und Frankreichs zur Beschlussfassung übermittelt worden sind. Man erwartet eine Entscheidung bis Freitag mittag.

Die Polizeifrage hat am Donnerstag nicht mehr die Rolle gespielt, die ihr in der internationalen Öffentlichkeit vielfach zugewiesen wurde, zumal der Gedanke der Entsendung einer internationalen Truppe nach dem Saargebiet sich sowieso schon als undurchführbar erwiesen hat. Ein sehr harter Kampf ist vor allem noch in der Garantiefrage zu führen, wobei der Streit über die Abstimmungsgerichte in erster Linie einer Lösung entgegensteht.

Bleibt der Regen weiter aus . . .

London, 1. Juni. Einer Meldung aus Washington zufolge besteht infolge Mangels an Regen in den Vereinigten Staaten die Möglichkeit einer Katastrophe. Selbst wenn es in den nächsten 10 Tagen Regen gibt, werden die Staaten Iowa, Nebraska, Illinois, Indiana und Ohio nur die Hälfte ihrer regelmäßigen Ernten einbringen können. Bleibt der Regen weiter aus, dann werden noch weitere 10 Staaten von einer Missernte betroffen. Die Farmer sind bereits der Verpfändung entzogen worden, ihre Erzeugnisse einzuschranken. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Kongreß noch vor seiner Vertagung erhebliche Summen zur Verringerung der Not bewilligen muß.

Aus Winnipeg (Ontario) wird gemeldet, daß auch in Kanada infolge großer Trockenheit mit einer Missernte gerechnet werden muß. In dem am schwersten betroffenen Gebiet von Süd-Ontario werden dieses Jahr statt der normalen 44 Millionen Bushels Weizen nur 4 Millionen erwartet.

New York, 1. Juni (Radio). Im mittleren Westen steigt das Thermometer immer höher. In einzelnen Orten des Staates Iowa wurden bereits 43 Grad Celsius gemessen. Die Bedrohung der Getreidemisere durch die Dürre wird immer größer. Die Befürchtungen finden ihren Ausdruck in einem händigen Anplätzen der Getreidepreise.

Bisher scheint festzustehen, daß die deutsche Regierung den Vorschlag Kloßis in der Polizeifrage, d. h. eine Verstärkung der Grenzpolizei durch saarländische Kräfte und Heranziehung von einigen luxemburgischen Beamten im Bedarfsfalle vorzunehmen, angenommen hat.

Frankreich soll sich die Blamage ersparen

Die Brüsseler Tageszeitung „Binglième Siedle“ veröffentlichte am Donnerstag einen äußerst freimütig geschriebenen Leitartikel zur Saarfrage, in dem das Blatt Frankreich davor warnt, durch seine unnachgiebige Haltung einen neuen Unruheherd in Europa zu schaffen. Es appelliert an die französische Regierung, sich vor der Abstimmung, und zwar sofort durch unmittelbare Verhandlung mit Deutschland über die Saarfrage zu verständigen.

„Binglième Siedle“ steht nicht in dem Verdacht, besonders deutschfreundlich zu sein. Die Stimme der Vernunft, die aus seinen Ausführungen klingt, ist auch deshalb besonders beachtlich, da in der letzten Zeit unter dem Eindruck der in Belgien besonders aktiv betriebene französische Propaganda dort eine gefährliche Verwirrung der öffentlichen Meinung hinsichtlich des Saargebiets Platz zu greifen droht.

Der Verfasser des Artikels sieht für die Zeit nach der Abstimmung eine schwerwiegende Störung der deutsch-französischen

Beziehungen und eine weitere Fernrufung Europas voraus, wenn keine Verständigung vor der Abstimmung zustande kommt.

Er wendet sich sodann mit folgenden Worten an Frankreich: „Es ist unbedingt notwendig, und zwar sowohl im französischen wie ganz allgemein im europäischen Interesse, daß Frankreich mit Deutschland verhandelt, und zwar vor der Abstimmung und sogar sofort, damit die über-

reizte Stimmung, die heute in Deutschland hinsichtlich der Saar besteht, ein Ende nimmt. Frankreich muß freiwillig und ohne länger zu warten, auf die Saar verzichten, ehe es dazu in einem Jahr gezwungen wird. Frankreich hat alles Interesse daran, sofort seine Saarillusion aufzugeben. Nach der Abstimmung wird Deutschland ihm die Vorteile, die es ihm heute geben will, verweigern.“

Nationalsozialismus und Jugenderziehung

Von Otto Goebels, Reichsschulungsleiter der NSDAP. und DNVP.

Es ist durchaus nationalsozialistisch, daß die Jugend sich frei entwickelt. Sowohl im heidnischen Altertum als auch im christlichen Mittelalter war es damit mehr als schlecht bestellt. Ueberall herrschte übermäßige Strenge, nur selten war ein Eingehen auf persönliche Wünsche und besondere Anlagen vorhanden. Das galt vor allem für den Beruf; denn der Beruf wurde dem Kinde, das in einen Stand hineingeboren war, oft ganz früh von seinen Eltern und Pflegern aufgedrungen.

Mittelalterliche Anschauungen wirkten fort bis in die allerneueste Zeit und sie beherrschten das öffentliche Leben auch in Deutschland bis zum Eintritt unserer Revolution, und das trotz aller fortschrittlichen Ideen, trotz Liberalismus und Marxismus. An der Tagesordnung waren daher Auflehnungen und Empörungen von Jugendlichen gegen den aufgedrungenen Beruf. Denn

unter solchem äußeren Zwang konnten sie sich nicht gesund entwickeln, nicht selbst-

ständig tätig sein und ihre Anlagen, ihre Wünsche frei zum Ausdruck bringen.

Die jugendlichen Künstler brannten ihren Eltern durch, andere zog es gewaltsam zur See und in andere Länder. Und gerade unter diesen waren unsere berühmtesten Forscher und tüchtigsten Seefahrer. Kleine Mädchen weinten, weil sie Klavierstunden nehmen mußten, obwohl sie gänzlich unmusikfahig waren. Es gehörte aber zum guten Ton, daß sie in der sogenannten Gesellschaft etwas zum Besten gaben.

Die alte häusliche Ordnung in einem Staat von gesellschaftlichen Klassen wirkte sich aber noch ganz anders aus. Der Sohn des Herrn Amtsgerichtsrates konnte unmöglich die Volksschule besuchen, und wenn er so dumm war wie Bohnenstroh. Er wurde mit aller Gewalt durch die höhere Schule geschleppt und dann an der Universität durch verschiedene Examina gepunkt.

Der Staat hatte das „Bergmännchen“, solche Herren an leitender Stelle einzusetzen und seine Kinder dann wieder durch die gleichen Schulen zu schicken. Dafür sahen in den Volksschulen vorzüglich begabte Kinder und konnten ihre gesunden Erbanlagen nicht entwickeln und einsehen, weil der Vater kein Geld hatte. Sie waren aber durch ihren Charakter für leitende Stellen wie geschaffen.

Ebenso verwerflich wie solche wahrhaft unorganischen und zwangvollen Zustände, die Staat und Volk nicht einbrachten, ebenso wie diese Unfreiheit des Berufes war die gepriesene Freiheit der Marxisten, die in Wirklichkeit niemals bestand, denn diese Freiheit war in höchstem Maße ebenfalls Unfreiheit und Sklaverei.

Die heutige Jugend, die auf Adolf Hitler schwört, will nichts von jener Scheinfreiheit wissen, die die marxistische Arbeiterjugend propagierte.

Freiheit im Uebermaß ist höchste Unfreiheit. Das hat diese Jugend längst erkannt.

Denn solche Freiheit liefert den Menschen völlig widerstandslos ans Messer aller internationalen Bluffkünstler und Börsenfürsten.

Zwang muß sein, allerdings muß der Zwang von innen herauswachsen und darf nicht von außen aufgezwungen sein.

Eine sittliche Forderung ist zu stellen. Kampf bis zum letzten. Kampf gegen sich selbst.

Man kann nicht gegen andere kämpfen, wie die Marxisten es taten, wenn man nicht zuerst sich selbst bezwungen hat.

Diese ebenso bittere wie große Wahrheit mußten die Marxisten am eigenen Leibe erfahren, als



Reichsminister Dr. Goebbels auf dem Dresdner Flugplatz vor dem Start nach Berlin